Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Waldshut-Tiengen,
13. Februar 2012

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

Ort:	Tiengen, Evangelischer Gemeindesaal	Öffentliche Sitzung

13.

Änderung Bebauungsplan „Brühl-Neumatten“, Tiengen:
Aufstellungsbeschluss zur Änderung im Teilbereich des Grundstücks Flst.Nr. 470

Oberbürgermeister Albers begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Seitz als Vertreter der Firma NORMA, der die Umbau- und Erweiterungspläne für den NORMA-Markt vorstellt.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst den Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplanes „Brühl-Neumatten“, Stadtteil Tiengen nach § 13 a BauGB. Für das Grundstück Flst.Nr. 470 soll ein Sondergebiet mit einer max. Verkaufsfläche von 1.200 m² festgesetzt werden. Der beigefügte Abgrenzungsplan ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

14.

Vorstellung Technisches Hilfswerk Waldshut-Tiengen

Oberbürgermeister Albers begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den Vorsitzenden des THW-Ortsverbandes Waldshut-Tiengen, Andreas Ronecker sowie dessen Stellvertreter Alexander Schmidt. Andreas Ronecker stellt den Ortsverband des THW Waldshut-Tiengen vor und erläutert dessen Ausstattung mit Fahrzeugen und Geräten sowie die Aufgaben und Zusammenarbeit mit der Feuerwehr und anderen Hilfsorganisationen.

15.

Neubau Kindertagesstätte „St. Marien“ auf dem Stoll-Areal:
Vergabe von Bauarbeiten

Oberbürgermeister Albers erläutert die beigefügte Tischvorlage.

Hochbauamtsleiter Martin Gruner erläutert den aktuellen Stand der Kosten und teilt mit, dass die Ausschreibung für die Dachdeckerarbeiten aufgehoben wurde und dieses Gewerk mit geänderten Vergabeunterlagen neu ausgeschrieben werde.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt für den Neubau der Kindertagesstätte „St. Marien“ die Vergabe der Erd- und Rohbauarbeiten an die günstigste Bieterin, Firma Stoll, Waldshut-Tiengen.

Der Gemeinderat nimmt die beabsichtigten Vergaben der Gewerke unter 60.000 € gemäß Tischvorlage zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

16.

Erweiterung des Klettgau-Gymnasiums für den Ganztagesbetrieb:
Vergabe von Bauarbeiten

Oberbürgermeister Albers erläutert die beigefügte Tischvorlage.

Hochbauamtsleiter Martin Gruner erläutert den aktuellen Stand der Kosten.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt für die Erweiterung des Klettgau-Gymnasiums

1. die Vergabe zur Ausführung der Rohbauarbeiten an die günstigste Bieterin, Firma Vögele, Albbruck
2. die Vergabe zur Ausführung der Metallbauarbeiten an die günstigste Bieterin, Firma Metallbau Tröndle & Berger, Rheinfelden
3. die Vergabe zur Ausführung der Elektroarbeiten an die günstigste Bieterin, Firma Elektro Reinhard, Waldshut-Tiengen
4. die Vergabe zur Ausführung der Heizungsarbeiten an die günstigste Bieterin, Firma Tröndle, Waldshut-Tiengen

Der Gemeinderat nimmt die beabsichtigten Vergaben der Gewerke unter 60.000 € gemäß Tischvorlage zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

17.

Unterbringung der Fundtiere im Tierheim in Detzeln:
Bericht über 2011

Oberbürgermeister Albers begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Elke Bannwitz und Anja Fuchs vom Tierheim Steinatal.

Sachbearbeiter Wolfgang Ebe erläutert die Kosten für die Unterbringung der Fundtiere in den Jahren 2010 und 2011 und zeigt aktuelle Fotos vom Tierheim.

Stadtrat Günter Heinrich, SPD-Fraktion, regt wegen der Verwaltungskosten für die Abrechnung an, auf die Einwohnerpauschale umzustellen.

Oberbürgermeister Albers und Stadtrat Dieter Zauft, CDU-Fraktion, sprechen sich dafür aus, noch weitere Jahresergebnisse abzuwarten und weiterhin einzeln abzurechnen.

18.

Wegfall der Polizeidirektion:
Resolution der Stadt Waldshut-Tiengen

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, verweist auf zwei positive Aspekte der beabsichtigten Polizeireform:

1. mehr Polizisten im Streifendienst
2. Bündelung von Fachkompetenz

Stadtrat Vollmer nennt als Vorbild das Bundesland Bayern, wo es bereits weniger Polizeidirektionen gebe und die Grenzlandproblematik ebenfalls vorhanden sei. Aus der vorgeschlagenen Resolution gehe außerdem nicht klar hervor, was die Stadt wolle.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die in Aussicht gestellten zwei zusätzlichen Stellen je Polizeirevier deutlich unterhalb der jetzigen Schwankungsbreite (Soll – Ist) der letzten Jahre liege und deshalb gar nicht spürbar würde.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, hält es für sinnvoll, die Strukturen zu bündeln und die unteren Ebenen zu stärken – seine Fraktion würde deshalb der Resolution nicht zustimmen.

Stadträtin Sylvia Döbele, SPD-Fraktion, regt an, die Resolution dahingehend zu präzisieren, das bei der Zuordnung der Präsidien der Hochrhein (Kreise Lörrach – Waldshut – Konstanz) berücksichtigt werden soll.

Nach weiterer Erörterung schlägt Oberbürgermeister Albers vor, den ersten Satz des Resolutionstextes durch folgenden Zusatz zu ergänzen: „Der Gemeinderat fordert die Landesregierung auf, bei der anstehenden Polizeireform sicherzustellen, dass die Städte entlang der Schweiz verlässliche und kompetente Ansprechpartner *erhalten, was am ehesten durch ein grenznahes Polizeipräsidium sicherzustellen ist. Waldshut-Tiengen als Sitz des Regionalverbandes bietet sich als Standort hierfür an.*

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nachfolgende

Resolution:

Der Gemeinderat fordert die Landesregierung auf, bei der anstehenden Polizeireform sicherzustellen, dass die Städte entlang der Schweiz verlässliche und kompetente Ansprechpartner erhalten, was am ehesten durch ein grenznahes Polizeipräsidium sicherzustellen ist. Waldshut-Tiengen als Sitz des Regionalverbandes bietet sich als Standort hierfür an.

Die PD vor Ort bündelt und koordiniert. Sie schafft bei den Gemeinden als Polizeibehörden das Gefühl: Auf unsere Polizei ist Verlass.

Die Polizeidirektion Waldshut-Tiengen ist bisher der erste Ansprechpartner für die Städte und Gemeinden im Landkreis Waldshut in allen polizeilichen Angelegenheiten. Sie ist Ansprechpartner für Fragen im Zusammenhang mit den Polizeiposten, dem Polizeirevier, Angelegenheiten der Kriminalpolizei, dem Verkehrsdienst mit dem Verkehrserziehungsdienst und dem Verkehrsunterricht für die Grundschüler und der Kreisverkehrswacht mit verschiedenen Aktionen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, der Hundestaffel, die wiederum Ansprechpartner für die Ordnungsämter ist bei der Feststellung, ob Hundehaltern Auflagen für die Haltung von Hunden erlassen werden müssen. In allen Aufgabengebieten ist die Stadtverwaltung als Polizeibehörde auf den kurzen Draht zum verantwortlichen Polizeichef angewiesen.

Die Aufgaben der Kriminalprävention, das Programm gegen Gewalt bei Veranstaltungen, Absprachen mit den Behörden auf Schweizer Seiten in den drei benachbarten Kantonen Schaffhausen, Zürich und Aargau, Anforderungen von Bereitschaftspolizei bei größeren Veranstaltungen, Zusammenarbeit bei Amokdrohungen an Schulen, rasches Tätigwerden bei größeren Gefahrenlagen setzt voraus, dass mit dem verantwortlichen Polizeiführer vertrauensvolle Zusammenarbeit gegeben ist.

Ein ganz wesentlicher Umstand für die sehr gute Sicherheitslage im Landkreis Waldshut ist, dass der verantwortliche Polizeichef mit seinem Stab und seinen Befugnissen im Landkreis Waldshut lebt und vor Ort ist. Der kurze Draht zum Leiter der Polizeidirektion und dessen persönliche Präsenz bei gesellschaftlichen Anlässen und dem politischen und kulturellen Leben des Landkreises war für die in Sicherheitsfragen von den Innenministern der letzten Jahre stets betonte enge Zusammenarbeit zwischen Polizei- und Ortspolizeibehörden sehr wertvoll. Für das Verständnis der Sicherheitslage vor Ort ist das unmittelbare Erleben des verantwortlichen Polizeioffiziers von ausschlaggebender Bedeutung.

Region und Stadt brauchen einen verantwortlichen polizeilichen Entscheidungsträger, der die Region und die Menschen hier aus eigenem Erleben kennt.

Die Aufgabe der Polizeidirektion im Landkreis Waldshut wirft deshalb die Frage auf, wie bei der angedachten Polizeistruktur in etwa dieselbe Nähe des verantwortlichen Polizeichefs erreicht werden kann. Die bisher bekannten Argumente für die Polizeireform betreffen fast ausschließlich die Polizei im Einsatz. Sie blenden aber die für die Sicherheitslage und die Effektivität der Polizeiarbeit wichtige Hintergrundarbeit, wie sie die Polizeidirektion in den letzten Jahrzehnten stets geleistet hat, fast vollständig aus. Selbst wenn die Polizeireform dazu führen würde, dass dem Revier 2 oder 4 zusätzliche Stellen zugewiesen würden, so bedeutete dies eben nicht mehr Präsenz sondern deutlich weniger. Es sei denn, dass durch zusätzliche, vom Ministerium bisher nicht benannte Maßnahmen sichergestellt wäre, dass auch die Hintergrundarbeit wie bisher geleistet werden würde. Nicht die Landräte und die Landratsämter sondern die Gemeinden, insbesondere die Gemeinden entlang der Grenze und ihre Bürger werden die Folgen eines Wegfalls der Polizeidirektion treffen.

Wenn die Landesregierung unbedingt das von ihr erklärte Ziel einer Reduzierung der Polizeidirektionen umsetzen möchte, so bitten wir doch dringend, die für den Landkreis Waldshut vorgesehene Polizeidirektion personell so auszustatten, dass die grenzüberschreitenden Kontakte im bisherigen Umfang durchgeführt werden können und die Polizeireviere, die fernab des neu zuständigen Polizeipräsidiums vor Ort für die Sicherheitslage verantwortlich sind mit zusätzlichem Personal und zusätzlichen Kompetenzen auszustatten. Egal ob das künftig für Waldshut-Tiengen zuständige PP in Freiburg, Villingen-Schwenningen oder Konstanz liegt – von jedem dieser Standorte sind es mindestens 1 Stunde Fahrt. Es erscheint schwer vorstellbar, dass bei einer Polizeiführung so weit weg ein lebhaftes Interesse für die Belange einer topographisch herausfordernden und verkehrlich schlecht erschlossenen Grenzregion mit Erfolg eingefordert werden kann.

Besondere Gefahrenlagen fordern besondere Maßnahmen.

Eine besondere Situation besteht in Waldshut-Tiengen durch die Gemeinschaftszollanlage und die Gefällstrecke der B 500 sowie die fehlende A 98. Die besondere Situation der Schweiz zieht Schwerlastverkehr an, der auf der völlig überlasteten B 34 und der B 500 mit ihrer Gefällstrecke Waldshut-Tiengen anfährt. Immer wieder sind Kontrollen durch den Verkehrsdienst erforderlich. Immer wieder stellt der Zoll Lkw fest, die Sicherheitsmängel aufweisen. In diesen Fällen ist der Zoll darauf angewiesen, dass Polizeikräfte unverzüglich vor Ort eintreffen, um die erforderlichen polizeilichen Maßnahmen durchzuführen, zu denen der Zoll nicht befugt ist. Aus Waldshut-Tiengener Sicht erscheint es nicht praktikabel, dass das Polizeirevier, wenn es nicht erheblich

verstärkt wird, die Aufgaben, die bisher der Verkehrsdienst wahrnimmt, zusätzlich übernimmt.

Zusammenfassung:

Die Lage an der Grenze mit Gemeinschaftszollanlage, die durch die Topographie und die ungenügende verkehrliche Erschließung verschärfte Randlage, die dünne Besiedelung und die durch die Topographie bedingten langen Anfahrtswege machen eine mit Entscheidungskompetenzen ausgestatte Polizeiführung vor Ort unabdingbar. Es kann nicht sein, dass die von Stuttgart am weitesten entfernte Grenzregion im Zuge neuer Zentralisierungsbestrebungen einmal mehr zusätzlich geschwächt wird. Eine weitgehende Verlagerung von Polizeikompetenz von der Grenze weg fügt der Stadt und ihren Bürgern Schaden zu.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

19.

Städtebaulicher Rahmenplan „Bahnhofsvorstadt / Stadteingang Waldshut“:
Bericht aus dem Stadtentwicklungsausschuss

Bürgermeister Beck erläutert den Stand der Planung für einen städtebaulichen Rahmenplan „Bahnhofsvorstadt / Stadteingang Waldshut“.

Stadtplanerin Margit Ulrich nennt folgende städtebauliche Zielsetzungen

- Blick frei machen vom Rhein auf die Bahnhofsvorstadt
- Schaffung von Blick- / Sicht- und Wegebeziehungen z.B. durch Aussichtsplattformen wie auf der Bernhalde
- Nutzungsdurchmischung

Sie erläutert ferner mögliche Entwicklungsbereiche im Bereich der Justizvollzugsanstalt, Areal um den Busbahnhof und zwischen Busbahnhof und Rheinschloss. Für das Rheinschloss seien verschiedene Varianten denkbar; entweder Solitär bis hin zu zwei oder drei weniger hohe Einzelgebäude als modulare Lösung.

Bürgermeister Beck ergänzt, dass dieser Entwurf im Stadtentwicklungsausschuss einhellig auf Zustimmung gestoßen sei. Der Investor des Rheinschlosses sei nach wie vor für eine Solitärlösung und bitte darum, diese Option im Rahmenplan offen zu halten. Der Planer des Rahmenplanes habe empfohlen für das Rheinschloss eine 2. Stufe des Wettbewerbs auszuschreiben und die Vorgaben für die Ausschreibung aus dem Rahmenplan zu entwickeln.

Stadtrat Dieter Zauft, CDU-Fraktion, möchte, dass mit der Feuerwehr abgeklärt wird, welche Rettungshöhe mit der vorhandenen Drehleiter möglich sei.

Stadtplanerin Ulrich antwortet hierzu, dass ab einer bestimmten Gebäudehöhe die Rettungswege innerhalb des Gebäudes herzustellen seien.

Oberbürgermeister Albers stellt abschließend einstimmige Zustimmung fest, dass die Rahmenplanung so wie vorgestellt weitergeführt werden soll.

20.

Windkraftanlagen:
Bericht aus dem Stadtentwicklungsausschuss

Bürgermeister Beck erläutert anhand einer Windhöffigkeitskarte mögliche Standorte für Windkraftanlagen. Der Aufwand für ein Gutachten hierzu werde für das Gebiet der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft auf 100.000 € geschätzt. Der Stadtentwicklungsausschuss habe einhellig empfohlen, vor der Auftragserteilung für ein solches Gutachten abzuwarten, wie sich mögliche Investoren verhalten würden.

Oberbürgermeister Albers stellt zur vorgeschlagenen Vorgehensweise einstimmige Zustimmung fest.

21.

Hangrutsch Seltenbach:
Sachstandsbericht

Bürgermeister Beck zeigt anhand aktueller Fotos die bereits durchgeführten Sicherungsmaßnahmen für das betroffene Gebäude in der Schmitzinger Straße. Nachdem das Gebäude lt. Gutachter zunächst gesichert sei, hätte die Familie das Gebäude wieder beziehen können. Zusätzliche Verankerungen würden noch angebracht werden, sobald kein Frost mehr vorhanden sei. Sowohl die Gebäudeversicherung des Eigentümers als auch die städtische Haftpflichtversicherung seien über den Schaden informiert worden. Bezüglich der Kostentragung müssten mit beiden Versicherungen Gespräche geführt werden, über deren Ergebnisse er berichten werde.

22.

Pflegeheimplätze:
Sachstandsbericht

Oberbürgermeister Albers teilt mit, dass es bezüglich Pflegeheimplätze keinen neuen Sachstand gebe. Bis letzte Woche seien es noch 25 Bewohner gewesen, für die bis auf 12 Bewohner ein Ausweichplatz gefunden worden sei. Im Übrigen verweist der Oberbürgermeister auf die Erläuterungen des Landrates und auf die am kommenden Mittwoch stattfindende Sitzung des Kreistages, bei der auch der mögliche Investor seine Vorstellungen erläutern werde. Danach werde er wieder berichten. Nach der letzten Berichterstattung hätte sich außerdem ein werterer Interessent für die Errichtung eines Pflegeheimes gemeldet.

Auf die Frage von Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, ob das Gebäude des Kreispflegeheimes Tiengen unter Denkmalsschutz stehe, antwortet der Oberbürgermeister, dass der Denkmalschutz trotzdem keinen umfassenden Schutz darstelle und das Landesdenkmalamt hierzu erst dann eine Aussage treffen würde, wenn ein konkreter Abriss- oder Umbauplan vorliege.

23.

Spenden

Oberbürgermeister Albers verliest Spenden gemäß beigefügter Zusammenstellung.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Entgegennahme und Weiterleitung der in beigefügter Zusammenstellung aufgeführten Spenden zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

24.

Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

25.

Verschiedenes

Klage wegen Ablehnung Spielothek

Bürgermeister Beck informiert den Gemeinderat über eine anhängige Klage gegen die Stadt wegen Ablehnung einer Bauvoranfrage zur Einrichtung einer Spielothek. Als Begründung sei geltend gemacht worden, dass die im Jahr 1994 vorgenommene Bebauungsplanänderung nicht rechtmäßig sei, weil die damals angegebene Begründung für den Ausschluss von Vergnügungsstätten nicht tragfähig sei.

Stadträtin Sylvia Döbele, SPD-Fraktion, bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen die Thematik „Spielhallen“ unter dem Aspekt der Spielsucht auf die Tagesordnung zu setzen.

Nach weiterer Erörterung schlägt Oberbürgermeister Albers vor, diese Thematik beim nächsten vorliegenden Antrag zu diskutieren.

26.

Fragestunde

Kreispflegeheim Tiengen

Eine anwesende Bürgerin trägt vor, dass es für sie schlimm sei, dass ein großer Teil des Personals des Kreispflegeheimes Tiengen gekündigt habe, nachdem ihnen nahegelegt worden sei, sich eine neue Arbeitsstelle zu suchen; sie bedaure, dass sich keiner der anwesenden Gemeinderatsmitglieder bei diesem Tagesordnungspunkt zu Wort gemeldet habe. Sie empfehle allen, sich selbst mit den Betroffenen zu unterhalten.

Oberbürgermeister Albers antwortet hierzu, dass es nicht Aufgabe der Stadt und des Gemeinderates sei, sich in die inneren Angelegenheiten des Trägers einzumischen.

Ein weiterer Bürger schließt sich den Ausführungen der Bürgerin und im Übrigen dem betroffenen Schweigen des Gemeinderates an und betont, dass es bei dieser Angelegenheit um Menschen gehe.

Der Oberbürgermeister weist den Bürger auf die Möglichkeit der Fragestunde in der Sitzung des Kreistages hin.